



öffentlich

Betreff:

Resolution für ein starkes Lieferkettengesetz

Einreicher: Fraktion SPD, Fraktion B90/die Grünen

Erstellungsdatum 16.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.03.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam schließt sich der Resolution "Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland" (Resolution als Anlage 1) der Initiative Lieferkettengesetz (<https://lieferkettengesetz.de>) an.

gez. Dr. Sarah Zalfen, Daniel Keller
Fraktionsvorsitzende SPD

Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöllner
Fraktionsvorsitzende B90/die Grünen

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der dem Bundestag gegenwärtig vorliegende Gesetzesentwurf des Lieferkettengesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, soll aber zunächst nur für wenige Unternehmen gelten und lässt diese nur für den ersten Teil der Lieferkette haften. Nachhaltige und sozial verantwortliche Beschaffung entlang der gesamten Lieferkette liegt in öffentlichem Interesse. Mit Stand 08.02.2021 haben bereits 34 Kommunen die Resolution der Initiative Lieferkettengesetz unterstützt (Anlage 2). Die Landeshauptstadt Potsdam sollte sich ebenfalls für faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards im öffentlichen Einkauf einsetzen, sich selbst hierzu verpflichten und auch in den von ihr beherrschten Unternehmen dafür werben.